



Bundesministerium  
des Innern

[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

# innenpolitik

ISSN 0179-4108

Informationen des Bundesministeriums des Innern | Mai 2011

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT



**Engagiert für  
Toleranz und  
Demokratie**

## Impressum

### Herausgeber:

Bundesministerium des Innern  
Alt-Moabit 101 D  
10559 Berlin

### Gesamtkoordination:

Birgit Laitenberger (BMI)

### Redaktion, Gestaltung, Produktion:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Wassergasse 3, 10179 Berlin

innenpolitik@media-consulta.com

Redaktion: Petra Grampe (pg),

Christina Kruse-Tschan (ckt),

Mathias Bonatz (mb), Alexis Demos (ad),

Viktoria Kleber (vk), Sebastian Lambeck (sel)

Gestaltung: Sylvia Bahr

Lektorat: Silvia Vormelker, Stephanie Esser

Produktion: René Hanhardt

### Bildnachweis:

BMI (S. 3, 10, 11, 12, 16, 18, 20), DOSB (S. 9), bpb

(S. 2, 14, 15), iStockphoto (S. 2, 4, 8), laif (S. 12),

Picture-Alliance (S. 5, 6, 7, 15, 17), plainpicture/

Fancy Images (Titel)

### Druck:

Silber Druck oHG, Niestetal

### Auflage:

20.000 Exemplare

### Erscheinungsweise:

bis zu 6 Ausgaben pro Jahr

### Vertrieb:

Die innenpolitik wird kostenfrei geliefert.

Bestellungen und Adressänderungen bitte an:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09, 18132 Rostock

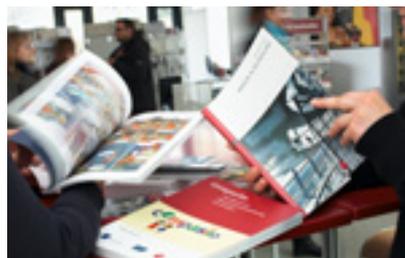
publikationen@bundesregierung.de

### Artikelnummer:

BMI11008



TRAINING GEGEN „BULLYING“ 8



POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 14

# Inhalt

## ENGAGIERT FÜR TOLERANZ UND DEMOKRATIE

Zusammenhalt fördern 4

## GEWALTFREIES MITEINANDER

Zivilcourage und Fairplay von klein auf lernen 8

## BESSERE CHANCEN FÜR ZUWANDERER

Sport als Motor der Integration 9

## EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

„Lokomotivführer wollte ich nie werden“ 10

## FOKUS OSTDEUTSCHLAND

Abwehrkräfte gegen Extremismus 12

## EFFEKTIVE BILDUNGSARBEIT

Politik geht jeden an! 14

## FÖRDERPREIS „HELFENDE HAND“

Ausgezeichnet – für den Schutz der Bevölkerung 16

## RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN STÄRKEN ZUSAMMENHALT

Für ein friedliches Miteinander 17

## DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ

Integrieren statt ausgrenzen 18

## FOUL VON RECHTSAUSSEN

Initiative stärkt Sportvereine 20

## VORWORT

Der Mensch lebt nicht für sich allein. Er ist auf ein Miteinander mit anderen angelegt – in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis, unter Nachbarn und Kollegen, in der Kirchengemeinde oder Religionsgemeinschaft, beim Sport, im Ehrenamt, auf der Fußballfanmeile, bei Vereins-sitzungen oder dem gemeinsamen Engagement für eine gute Sache. Vielfalt und Bandbreite dieser sozialen Kontakte machen unser Leben abwechslungsreich. Sie geben Halt und Selbstvertrauen.

Wir erleben gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht als abstrakte Idee, sondern in konkreten Begegnungen, im alltäglichen Austausch. Diese Bindekraft ist es, die Menschen bewegt, füreinander einzustehen, sich einzusetzen. Unzählige Menschen in unserem Land tun mehr für andere, für das Gemeinwesen, als sie müssten. Sie tun dies gern und fühlen sich bereichert. Von diesem Engagement lebt unsere Gesellschaft.

Das Vertrauen darauf, im Leben nicht allein zu sein, ist grundlegend für die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Als kollektive Erfahrung sorgt es dafür, dass menschliches Zusammenleben in einer offenen, demokratischen Gesellschaft überhaupt funktioniert. Je heterogener eine Gesellschaft ist, desto mehr kommt es auf die Bindekräfte an, die sie im Alltag zusammenhält.

Vielfalt und Offenheit bereichern unser Leben, bereichern unsere Gesellschaft. Sie fordern uns aber auch heraus. Sie verlangen es uns ab, mit Unterschieden, Brüchen und Konflikten umzugehen. Je vielfältiger die Menschen, ihre Weltbilder und Wurzeln sind, desto wichtiger ist es, den Zusammenhalt zu stärken und das Verbindende zu suchen. Das setzt einen offenen Austausch voraus, der von Respekt und Toleranz getragen ist. Schlimmer als das Offenlegen von Unterschieden und Konflikten ist die schleichende Sprachlosigkeit, die zu Entfremdung und Ausgrenzung führt. Dem entgegenzuwirken und immer wieder die Kraft zur Gemeinsamkeit aufzubringen, ist eine Herausforderung, die uns als Einzelne wie als Ganzes betrifft.

Gesellschaft und Staat sind gemeinsam aufgerufen, diesen Zusammenhalt zu fördern. Dies hat viele Facetten. Es fängt bei Bildungseinrichtungen wie Kindergärten und Schulen an, geht über Rahmenbedingungen für Verbände, Vereine, Netzwerke, Selbsthilfegruppen und Initiativen, schließt Prävention von Kriminalität und Extremismus ein und schlägt einen Bogen zum Umgang mit Menschen im Alter, denen auch bei schwindenden Kräften eine Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht werden soll.

Für einen Großteil dieser Aufgaben ist das Bundesinnenministerium zuständig. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leisten wir hier einen wichtigen Beitrag, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken.

Ihr



Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB  
Bundesminister des Innern




---

Dr. Hans-Peter Friedrich, geboren am 10. März 1957 in Naila (Landkreis Hof), ist seit dem 3. März 2011 Bundesminister des Innern. Der studierte Jurist und Diplom-Ökonom begann 1988 seine berufliche Laufbahn als Regierungsrat in der Industrieabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn. 1991 wurde er Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und 1998 selbst zum Mitglied des Deutschen Bundestages gewählt. Als Abgeordneter gehörte er unter anderem der Föderalismuskommission I und II an.

---



ENGAGIERT FÜR TOLERANZ UND DEMOKRATIE

# Zusammenhalt fö

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird durch viele Faktoren bestimmt. Positiv wirken ehrenamtliches Engagement, politische Teilhabe, Initiativen von Bürgern, Vereinen und Verbänden. Negativ wirken Gewalttaten, Abwehrhaltungen gegenüber Veränderungen und Fremdem sowie mangelnde Zivilcourage. Deshalb forscht das Bundesministerium des Innern nach den Ursachen für diese Entwicklung und fördert Projekte, die Zusammenhalt und Teilhabe ermöglichen und sich damit gegen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit richten.

Politik und Verwaltung suchen nach Möglichkeiten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.

In Berlin wie in anderen deutschen Städten auch ist die Gewalt von und unter Jugendlichen ein dauerhaftes Problem. Die absoluten Zahlen gehen zwar zurück, aber das Ausmaß der Brutalität ist beträchtlich. Vorfälle wie der, bei dem ein 18-Jähriger auf dem U-Bahnhof Friedrichstraße einen 29-jährigen Mann angreift und bewusstlos schlägt, sind leider keine Einzelfälle. Bereits mehrere vergleichbare Angriffe haben sich dieses Jahr ereignet. Auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gibt es Anzeichen dafür, dass gemeinsame Werte wie Respekt und Toleranz, Vorstellungen davon, was ziviles, „anständiges“ Verhalten bedeutet, und Bürger-tugenden wie Zivilcourage und ehrenamtliches Engagement bewusst zu stärken sind. Kurz: Der soziale Zusammenhalt stellt sich nicht von selbst her. Er muss aktiv gefördert und weiterentwickelt werden.

Mobbing auf dem Schulhof oder im Internet, Ängste und Intoleranz gegenüber Fremden, Randalen und Zerstörung fremden Eigentums, die Weigerung, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen – die Politik und viele Bürgerinnen und Bürger sehen Handlungsbedarf. Denn wenn soziale, alle Bürger bindende Normen nicht gegenwärtig sind, die Werte des Grundgesetzes in Konfliktsituationen nicht beachtet werden, sind Staat und Gesellschaft gefordert.

Stellt sich die Frage, welche Ursachen diese Entwicklungen haben, und was Politik und Verwaltung tun können, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Wie lassen sich Gewaltausbrüche vermeiden? Wie können extremistische und rassistische Übergriffe

verhindert werden? Was ist zu tun, um der Politikerverdrossenheit einiger entgegenzuwirken?

### Analyse der Ursachen

Eine 2009 vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebene Expertise des an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht lehrenden Professors Dr. Hans-Gerd Jaschke beleuchtet die „Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ und identifiziert wichtige Handlungsfelder für eine zu entwickelnde nationale Strategie.

Prägend für die soziale Entwicklung sind Familie, Freunde und Nachbarschaft. Hier werden Werte gelebt und vermittelt und damit die Weichen für soziales Engagement gestellt. Später kommen Schule, Arbeit, Vereine und Medien

Cybermobbing wird zu einer immer größeren gesellschaftlichen Herausforderung.



# rdern



Zivildourage zeigen, sich für Mitmenschen einsetzen ist ein Themenfeld der politischen Bildung.

als die Entwicklung prägende Faktoren hinzu. Werden gesellschaftliche Konventionen nicht so früh wie möglich erlernt, können Gewalt, Verwahrlosung, Ausgrenzung, Kriminalität und Drogen das Leben mitbestimmen, kann dies zu einer Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts führen.

Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es daher, den Menschen in allen Lebensabschnitten Perspektiven und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Denn wer sich zugehörig und gebraucht fühlt, wer die Chance sieht, seine Kompetenzen und Fähigkeiten zu entwickeln, der wird sich eher eigenverantwortlich verhalten, sich um seine Mitmenschen kümmern und sich auch sozial engagieren. Extremistische Ideen finden dann weniger Nährboden. Eine lebendige Demokratie hängt davon ab, dass sich die einzelnen Menschen ernst genommen fühlen, Gemeinschaftssinn entwickeln und auf ihre Selbstkompetenz und die Kompetenz der politischen Institutionen vertrauen können.

Anknüpfend an seine vielfältigen Aufgabenbereiche wie Integration, öffentliche Sicherheit, Sport und politische Bildung setzt sich das

Bundesministerium des Innern mit den unterschiedlichen Faktoren und Fragestellungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts auseinander. Als Impulsgeber fördert es Initiativen, Projekte und wissenschaftliche Studien, die sich der Erforschung von Ursachen widmen, Fehlentwicklungen zu verhindern suchen und dort ansetzen, wo es darum geht, insbesondere Kindern und Jugendlichen Werte zu vermitteln. Die Politik hat erkannt, dass sie aktiv zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern muss, will sie Gewalt, Extremismus und Demokratiemüdigkeit verhindern.

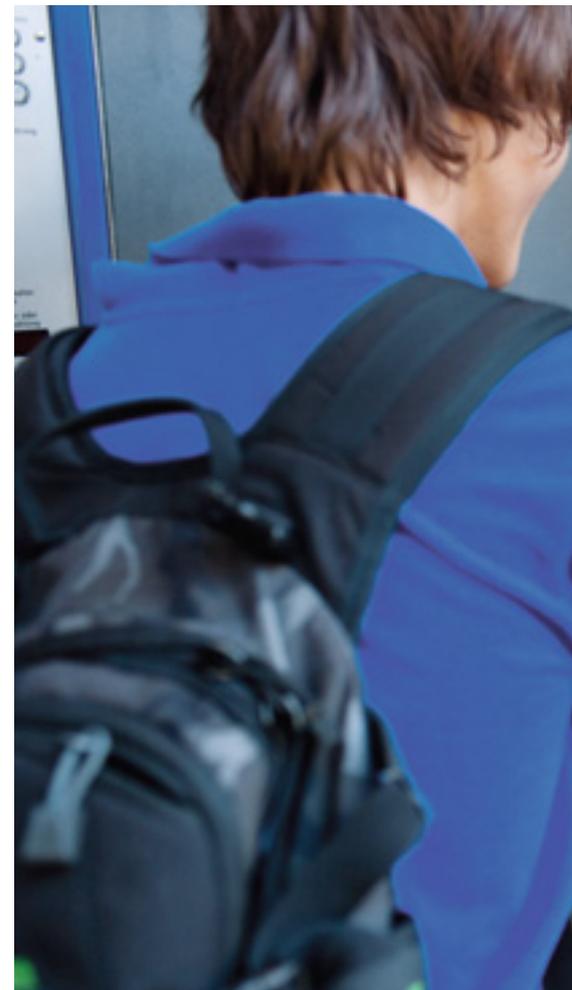
### Engagement der Politik

Ziel ist es, das Thema stärker als bisher auf die politische Agenda zu setzen. So beschlossen das Bundesinnenministerium und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2009 eine Initiative zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland (siehe „innenpolitik“, April 2009).

Mittels gezielter Projekte soll gegen die Gewalt unter Jugendlichen vorgegangen werden.

Darauf aufbauend analysierten sie gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales beispielhaft für die Bereiche Jugendgewalt und Rechtsextremismus die gesellschaftlichen Ursachen und stellten die vielfältigen Maßnahmen des Bundes gegen Rechtsextremismus zusammen. Eine interne Auswertung der Programme bestätigte, dass sich die erwünschten Erfolge nur erzielen lassen, wenn gemeinsam, unabhängig von Zuständigkeitsgrenzen, gehandelt wird.

Gleichzeitig zeigte sich, dass Präventionsprogramme so früh wie möglich ansetzen sollten, um Kriminalität, Gewalt und Extremismus weit im Vorfeld ihres Entstehens zu verhindern. Auch gilt es, Impulse für eine öffentliche Debatte zu geben, die integriert anstatt



zu spalten. Nur wenn sich jeder Bürger vor Augen führt, dass alle dazu beitragen müssen, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern, kann die aktuelle Entwicklung aufgehalten werden.

### Öffentliche Debatte fördern

Die politische Bildung spielt hierbei eine besondere Rolle. Sie fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie die Bürger unterstützt, politische Urteilsfähigkeit zu entwickeln, indem sie demokratische Lernprozesse fördert, Partizipationsmöglichkeiten bietet und in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren Kompetenzen und Ressourcen stärkt. Dazu unterstützt die Bundesregierung die Zivilgesellschaft, Kirchen und andere Religionsgemeinschaften, Träger

der politischen Bildungsarbeit, Kindergärten, Schulen, Verbände, Vereine und Netzwerke bei ihrem Engagement für die Gesellschaft.

Die Bundesregierung fördert zudem Programme, die sich gegen Gewalt an Schulen einsetzen, das Programm „Integration durch Sport“, das Zuwanderer dabei unterstützt, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, die Initiative „Foul von Rechtsaußen“, bei der sich Politik und Sport gemeinsam gegen Rechtsextremismus einsetzen, oder das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, das sich insbesondere gegen Extremismus in Ostdeutschland wendet. Mehr zu den Programmen finden Sie in dieser Ausgabe. (BMI)

>> Weitere Informationen unter:  
[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

## Partner für mehr Sicherheit

Im Bereich des islamischen Terrorismus ist in den letzten Jahren zunehmend das Phänomen der Radikalisierung von Einzeltätern „im Stillen“, überwiegend durch das Internet, zu beobachten. Derartige Radikalisierungsverläufe sind allenfalls für das Umfeld der sich radikalisierenden Personen erkennbar, für die Sicherheitsbehörden hingegen kaum wahrzunehmen. Ein Beispiel hierfür ist der Attentäter, der am 2. März 2011 am Frankfurter Flughafen zwei Menschen tötete und weitere schwer verletzt hat. Entscheidend ist darüber hinaus, dass deutlich wird, dass auch die große Mehrheit der Muslime derartige Gewalttaten unter Berufung auf den Islam ablehnt. Solchen Positionierungen von Muslimen gegen Radikalisierungen und Extremismus kommt eine deutlich höhere Überzeugungskraft zu als Aufrufen staatlicher Stellen.

Vor diesem Hintergrund hat Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich eine Initiative gestartet, die muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft in die Bekämpfung von Radikalisierung über die bereits bestehenden Zusammenarbeitsformen hinaus einbinden soll. Die Partnerschaft soll neben der Deutschen Islam Konferenz bestehen und sich ausschließlich mit dem Thema Sicherheit befassen. Muslimische Verbände und Moscheegemeinden sind dazu eingeladen, daran mitzuwirken. Es wird keine festen Mitgliedschaften oder Gremien geben. Die Zusammenarbeit soll vielmehr an den jeweiligen Fragestellungen orientiert erfolgen.



GEWALTFREIES MITEINANDER

# Zivilcourage



# und Fairplay von klein auf lernen

**Bullying ist eine der häufigsten Formen psychischer und physischer Gewalt an Schulen. Betroffene Schüler leiden oft noch Jahre später daran. Das Programm „fairplayer“ erarbeitet gemeinsam mit Jugendlichen gewaltfreie Umgangsformen.**

Der englische Begriff „Bullying“ fasst verschiedene Formen gewalttätigen Verhaltens zusammen. Beleidigungen, Demütigungen, soziale Ausgrenzungen oder auch körperliche Angriffe sind an Schulen besonders verbreitet. Aus einer Untersuchung von Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Entwicklungspsychologe an der Freien Universität Berlin und Mitbegründer des Vereins fairplayer e. V., geht hervor, dass jeder zehnte Schüler mindestens einmal in der Woche Opfer von Bullying wird. Laut der Studie sind deutschlandweit etwa 500.000 Kinder und Jugendliche davon regelmäßig betroffen.



500.000 Kinder und Jugendliche sind bundesweit Opfer von „Bullying“.

„fairplayer“ bietet Schulklassen und Jugendgruppen die Möglichkeit, sich mit den Themen Bullying und Gewalt an Schulen aktiv auseinanderzusetzen. Das Deutsche Forum für Kriminalprävention unterstützt mit finanzieller Hilfe der Deutschen Bahn AG die Initiative. Ziel ist es, jungen Menschen bei Konflikten im Alltag den richtigen Weg aufzuzeigen, zum Beispiel im Rahmen von Rollenspielen. Jugendliche besetzen verschiedene Positionen in einem Konflikt, übernehmen unterschiedliche Perspektiven und identifizieren sich so mit ihrer jeweiligen Rolle.

Dadurch können sie sich besser in andere hineinversetzen und Empfindungen nachfühlen.

Seitdem soziale Netzwerke wie Facebook oder schuelerVZ zum Alltag von Teenagern gehören, findet das Bullying nicht nur auf dem Pausenhof statt. Jugendliche nutzen die Internetportale immer öfter, um ihre Mitschüler zu beleidigen. Umso wichtiger ist es, dass Kinder und Jugendliche frühestmöglich lernen, rücksichtsvoll miteinander umzugehen und in Konfliktsituationen couragiert zu handeln. Prof. Dr. Scheithauer hat deshalb gemeinsam mit Mitarbeitern an der Freien

Universität Berlin das Präventionsprogramm „fairplayer.manual“ entwickelt, das die Toleranz und Integration unter Kindern und Jugendlichen fördert. Das zugehörige Handbuch kann als Unterrichtseinheit in jeder Schule integriert werden. Dort, wo das Programm bereits getestet wurde, sind die ersten Erfahrungen vielversprechend. Die Zahl der Bullying-Opfer ging nach der Umsetzung der Lerneinheit deutlich zurück. (sel)

>> Nähere Informationen unter: [www.fairplayer.de](http://www.fairplayer.de)



## Deutsches Forum für Kriminalprävention

Das Kernanliegen der gemeinnützigen Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Als Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik fördert das Forum die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

>> Weitere Informationen finden Sie unter: [www.kriminalpraevention.de](http://www.kriminalpraevention.de)



BESSERE CHANCEN FÜR ZUWANDERER

# Sport als Motor der Integration

Im Sport – insbesondere im Vereinssport – steckt großes Potenzial zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aus diesem Grund fördert und begleitet das Bundesministerium des Innern seit mehr als zwei Jahrzehnten das Programm „Integration durch Sport“.

Wer Sport im Team betreibt, lernt, Regeln zu akzeptieren, den Gegner zu achten, Erfolge und Niederlagen gemeinsam zu verarbeiten. Sport vermittelt Verhaltens- und Orientierungsmuster. Demokratische Mitwirkung und gemeinwohlorientiertes Engagement sind in den Vereinen gelebter Alltag. Disziplin, Respekt, Verlässlichkeit, Teamgeist und Verantwortungsbewusstsein sind nicht nur unverzichtbare Werte für einen fairen sportlichen Wettkampf sondern auch für das gesellschaftliche Miteinander.

Gemeinsames Sporttreiben fördert den Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Wertschätzung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Im Sport gelingt es, Grenzen zwischen verschiedenen Hautfarben, Glaubensrichtungen und Sprachen aufzuheben und Vorurteile abzubauen. Daneben bietet Sport gerade Menschen mit Migrationshintergrund die Chance, aktiv in der Gesellschaft mitzuwirken.

Deshalb fördert das Bundesministerium des Innern das Programm

„Integration durch Sport“ mit jährlich rund fünf Millionen Euro. Umgesetzt wird es durch den Deutschen Olympischen Sportbund über die Landessportbünde und unter Beteiligung von rund 750 Stützpunktvereinen. Mittlerweile steht das zunächst nur auf Aussiedler bezogene Programm allen Zuwanderergruppen zur Verfügung.

## Förderung ungeachtet der Herkunft

Aus integrativen und präventiven Gründen öffnete sich das Programm auch für benachteiligte deutsche Jugendliche, wodurch der gesellschaftliche Zusammenhalt zwischen den Jugendlichen ungeachtet der Herkunft gefördert wird. Bundesweit werden mit Unterstützung von Ehrenamtlichen neben sportlichen auch außersportliche Aktivitäten, wie zum Beispiel Hausaufgabenhilfe und Sprachförderung, angeboten. Die Stützpunktvereine kooperieren zunehmend mit anderen Trägern der Integrationsarbeit vor Ort und wirken an runden Tischen und Netzwerken mit.

Eine 2009 abgeschlossene Evaluation hat gezeigt, dass viele der rund 1.900 untersuchten Sportgruppen von Zuwanderern selbst initiiert und geleitet werden. Von den seinerzeit 1.100 Übungsleitern und Betreuern hatte knapp die Hälfte einen Migrationshintergrund.

Deutlich gemacht hat die Evaluation auch, dass Integration nicht im Selbstlauf geschieht. Zwar ist das Programm sehr erfolgreich bei der Integration in Sportvereine, aber bei der Integration in das Gemeinwesen bleibt noch einiges zu tun. Das Integrationspotenzial des Sports muss zielgerichteter gestaltet, Teilnahmebarrieren müssen überwunden und interkulturelle Kompetenzen ausgebaut werden. Auch die Ausweitung herkunfts-spezifischer Sportarten und die Einbeziehung bislang unterrepräsentierter Gruppen wie Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, aber auch älterer Menschen, stehen auf der Agenda. (BMI)

>> Mehr unter: [www.integration-durch-sport.de](http://www.integration-durch-sport.de)

## EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

# „Lokomotivführer wollte ich nie werden“

Jan von Bergen lebt für sein Ehrenamt. Der Chef der Freiwilligen Feuerwehr in Groß Glienicke hilft mit dem Projekt „Ohne Blaulicht“, das vom Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert wird, freiwillige Feuerwehren in Brandenburg besser aufzustellen.

Das Datum kommt wie aus der Pistole geschossen: „1. März 1982“, sagt Jan von Bergen. An dem Tag trat er in die freiwillige Feuerwehr ein. Damals war er zehn Jahre alt. Die Jugendfeuerwehr hieß noch „Junge Brandschutzhelfer“ und die freiwillige Feuerwehr rückte nur selten aus. Die großen Einsätze fuhrten die Berufsfeuerwehren. „Aber wenn es mal raus ging“, erzählt von Bergen, „war es ein richtiges Highlight, auf dem Feuerwehrauto zu sitzen. Da musste man sich festhalten und aufpassen, dass einem die Schläuche nicht an den Kopf knallen.“

Von der DDR ist bei der Freiwilligen Feuerwehr Groß Glienicke nichts übrig geblieben – außer einer Glasvitrine gefüllt mit historischen Schulterbinden in violett, dem

DDR-Abc der Feuerwehr und einer Brandschutzfibel. Jan von Bergens Begeisterung ist geblieben. Feuerwehrmann zu sein, war sein Kindheitstraum. „Lokomotivführer wollte ich nie werden“, sagt er. Als Zehnjähriger begeisterte ihn die Technik; heute hält ihn auch etwas anderes: „Der Wille, anderen Menschen in Not zu helfen.“

Jan von Bergen hat Karriere gemacht und leitet als Ortswehrführer die Feuerwehr von Groß Glienicke. Dreimal im Monat treffen sich die Aktiven zum Training, damit jeder Handgriff im Ernstfall sitzt. Die Feuerwehr bedeutet nicht nur ihm sehr viel, sondern spielt auch in der Gesellschaft eine wichtige Rolle, davon ist der Feuerwehrmann überzeugt. In ländlichen Regionen gibt es weniger

Freizeitmöglichkeiten. „Da müssen wir präsent sein und die Jugendlichen begeistern, bevor das die NPD tut“, meint von Bergen. „Außerdem“, fügt er hinzu, „sind unsere Feuerwehrmänner oder -frauen von heute die Bürgermeister von morgen.“

## Demokratisches Miteinander stärken

Unterstützung gibt es für freiwillige Feuerwehren in Brandenburg vom Landesfeuerwehrverband. „Ohne Blaulicht“ heißt das Projekt, das individuell auf die Probleme der einzelnen Vereine eingeht, das demokratische Miteinander stärken möchte und vom Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert wird. Auch Jan von Bergen hilft mit.



Ein Themenschwerpunkt von „Ohne Blaulicht“ ist der Umgang mit Rechtsextremismus. „Besonders in den ländlichen Gebieten Brandenburgs ist das ein Problem“, erklärt Jörn-Hendrik Kuinke, Geschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg. „Uniform und Kameradschaft – das sind Attribute, die den Rechten gefallen.“ Auch in Groß Glienicke gab es bereits Kameraden mit rechtsextremistischen Tendenzen. Da hilft aus von Bergens Sicht nur eines: „Aufklären.“

Ehrenamtlich engagieren sich Jan von Bergen und seine Kollegen gegen Rechtsextremismus.

Mit Workshops und Weiterbildungen will „Ohne Blaulicht“ Kameraden dafür sensibilisieren, Rechtsextremismus frühzeitig zu erkennen und zu handeln.

### Gemeinsam Lösungen entwickeln

Das Programm wirbt auch für mehr Akzeptanz für Frauen in höheren Vereinspositionen. Von den sieben Frauen der insgesamt 24 Feuerwehreute in Groß Glienicke besetzt noch keine eine Führungsposition. „Ohne Blaulicht“ widmet sich außerdem Generationenkonflikten. „Jugendliche übernehmen heute nicht mehr so gern

Verantwortung“, bedauert von Bergen. Das sorgt gelegentlich für Diskussionen. Die älteren Freiwilligen dagegen sperrten sich häufig gegen Neuerungen.

Die Freiwillige Feuerwehr in Groß Glienicke steht insgesamt gut da, findet der Ortswehrführer, trotz der Probleme. Das liege an der Nähe zur Landeshauptstadt Potsdam. „Andere Feuerwehren auf dem Land brauchen dringend Hilfe“, sagt er. Dabei schlägt er die Hände zusammen, als wolle er sofort mit der Arbeit anfangen. Wenn es um die Feuerwehr geht, kann von Bergen nie Nein sagen. Seine Leidenschaft kennt keine Grenzen. (vk)



## Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

Mit dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert das Bundesministerium des Innern seit Ende 2010 Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland. Im Mittelpunkt stehen die Menschen vor Ort, die sich haupt- oder ehrenamtlich in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Gemeindeverwaltungen für eine lebendige und demokratische Gemeinschaft engagieren.

### 18 Millionen Euro Fördervolumen

Mit einem Fördervolumen von insgesamt 18 Millionen Euro werden gezielt Projekte unterstützt, die im ländlichen Raum und strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands angesiedelt sind. Wichtige Zielgruppen des Programms sind deshalb die freiwilligen Feuerwehren, Sportvereine, Wohlfahrtsverbände und kirchliche Träger.

Die Unterstützung erfolgt im Rahmen von drei Schwerpunkten: Der erste Förderschwerpunkt richtet sich an Mitarbeiter in Verbänden, Vereinen und Gemeinden in ihrer Tätigkeit als Multiplikatoren für eine demokratische Gemeinschaft. Sie werden zum Beispiel zu Demokratietrainern ausgebildet, beschäftigen sich mit Bürgerbeteiligung und fördern die Vernetzung von Akteuren aus Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

### Ehrenamt vor Ort stärken

Im Rahmen des zweiten Förderschwerpunktes werden engagierte Bürgerinnen und Bürger bei und während der Gründung und Verstetigung von Bürgerbündnissen und -initiativen begleitet. Im dritten Förderschwerpunkt werden modellhaft neue Ansätze zur Stärkung demokratischer Teilhabe erprobt. Das Bundesprogramm läuft zunächst bis 2013. Die Umsetzung erfolgt über eine Regiestelle in der Bundeszentrale für politische Bildung.

>> Nähere Informationen zum Bundesprogramm und den geförderten Projekten finden Sie unter: [www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de](http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de)



Zusammenhalt  
durch Teilhabe



## FOKUS OSTDEUTSCHLAND

# Abwehrkräfte gegen Extremismus

Dr. Christoph Bergner ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Zu seinen Zuständigkeiten als Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer zählt auch das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Im Interview erklärt er, warum Verbände und Vereine so wichtig im Kampf gegen Extremismus sind und warum der Schwerpunkt auf Ostdeutschland liegt.

**innenpolitik:** Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert bevorzugt Projekte aus dem ländlichen Raum und nur in Ostdeutschland. Warum gibt es hier besonderen Handlungsbedarf?

**Dr. Christoph Bergner:** In den neuen Ländern sind die durchschnittlichen Mitgliederzahlen in Vereinen und Verbänden deutlich niedriger als in den alten Bundesländern, egal ob es um Sport oder die Kirche geht. Der ländliche Raum ist zusätzlich noch vom demografischen Wandel betroffen:

Wegzug und niedrige Geburtenraten. Mit dem Programm wollen wir gegensteuern, um zu verhindern, dass Bürger aus Mangel an Alternativen mit radikalen Verbindungen in Kontakt treten.

**innenpolitik:** Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ legt besonderen Wert auf die Förderung von Vereinen und Verbänden. Warum?

**Dr. Bergner:** Vereine und Verbände sind das zivilgesellschaftliche Gerüst unserer Demokratie. Damit

sind sie Abwehrkräfte gegen extremistische Tendenzen und gewissermaßen die demokratische Grundversorgung. Wenn es einen Mangel an intakter Verbandsstruktur gibt, dann ist die Gefahr einer Annäherung an radikale, extremistische Verbindungen größer.

**innenpolitik:** Daneben widmet das Programm der demokratischen Praxis in Gemeinden einen weiteren Themenschwerpunkt. Wie können Kommunalverwaltungen zur Extremismusprävention beitragen?

**Dr. Bergner:** Kommunalverwaltungen stellen sozusagen den Schnittpunkt zwischen der ehrenamtlichen Arbeit und dem staatlichen Handeln dar. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass man sich dieser Verantwortung nicht in allen Kommunalverwaltungen bewusst ist. Aber die vielen erfreulichen Beispiele zeigen, dass einzelne Mitarbeiter genau an der Schnittstelle, wo es um Vereinsförderung geht, sehr große Spielräume eröffnen und stimulierend auf Vereins- und Verbandsarbeit reagieren können. Mit dieser Förderung wollen wir



Viele Vereine, Verbände und Einrichtungen sind auf die Arbeit Ehrenamtlicher angewiesen.

zur Ertüchtigung der Kommunalverwaltung beitragen.

**innenpolitik:** „Zusammenhalt durch Teilhabe“ unterstützt auch kleine, lokale Initiativen. Welche Rolle spielen sie?

## „Vereine und Verbände sind das zivilgesellschaftliche Gerüst unserer Demokratie“

**Dr. Bergner:** Es geht bei uns auch um die Basisarbeit, also das Engagement im Entstehungsstadium. Alles muss klein beginnen, auch die Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen hat ihren Anfang in einzelnen Initiativen.

**innenpolitik:** Unterstützt das Programm die Projekte nur finanziell oder auch anderweitig?

**Dr. Bergner:** Wir stellen jedem Projekt bei Bedarf eine fachliche Begleitung zur Seite. Darüber hinaus sind Fortbildungen vorgesehen, beispielsweise wie man Geld einwerben kann oder sich in rechtlichen Belangen innerhalb der Vereinslandschaft zurechtfindet.

**innenpolitik:** Wäre ein solches Programm nicht auch für Westdeutschland interessant?

**Dr. Bergner:** Das Programm ist für Ostdeutschland konzipiert worden und das aus gutem Grund. Es ist die Antwort auf Schlagzeilen und Tendenzen, die uns beschäftigt haben. Wir werden sehen, ob im Ergebnis der Evaluierung Anregungen entstehen, das Programm auf die ganze Bundesrepublik auszuweiten.

**innenpolitik:** In Ihrer Funktion als Beauftragter für die Neuen Bundesländer machen Sie sich ja nicht nur im Programm „Zusammenhalt

durch Teilhabe“ für Ostdeutschland stark, sondern auch in anderen Themenbereichen. Warum braucht Deutschland mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit noch einen Beauftragten für die Neuen Bundesländer?

**Dr. Bergner:** Das Amt des Beauftragten für die Neuen Bundesländer wird nicht mehr als das eines Helfers in der Not benötigt, und das ist generell ein gutes

Zeichen. Das zeigt mir, dass Deutschland zusammengewachsen ist. Es stellen sich aber neue Herausforderungen, die in den Neuen Bundesländern aufgrund der dortigen Struktur besonders zu Buche schlagen, denken Sie nur an die demografische Entwicklung. Insoweit besteht weiter Gesprächs- und Koordinationsbedarf bei der Entwicklung Ostdeutschlands, was sich auch in dem Wunsch der Ministerpräsidenten der Neuen Bundesländer nach einer eigenen Konferenz der Ostminister dokumentiert. Dies werde ich als Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Länder weiter unterstützen und begleiten.

*(Das Interview führte Viktoria Kleber)*

### PROJEKTBEISPIEL

## Sport zeigt Gesicht

Der Landessportbund Thüringen setzt sich im Rahmen des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ für ein tolerantes Miteinander im Sport ein.

„Fußball ist aufregend wie das Leben“, sagt Aenne Kürschner. „Hier gibt es Emotionen, Leidenschaft, aber auch Rückschläge – das macht den Fußball so attraktiv“, erklärt die Projektleiterin von „Sport zeigt Gesicht! Gemeinsam couragiert handeln“ weiter. Der Thüringer Fußball-Verband e. V. ist der mitgliederstärkste Sportverband in Thüringen. „Konfliktmanagement im Fußball“ lautet der Titel, über den die Fußballbegeisterten thematisch fit gemacht werden sollen. Die gesammelten Erkenntnisse werden auch für andere Sportfachverbände aufbereitet.

„Wir wollen, dass Gewalt im Sport keine Rolle spielt“, betont Aenne Kürschner. Durch mobile Angebote werden Verantwortungsträger wie Trainer, Übungsleiter und Sportmannschaften vor Ort sensibilisiert und qualifiziert. Schulungen zu Themen wie Teambuilding, Respekt und Umgang mit Konflikten sollen sie dazu befähigen, ihre Gruppen zu stärken, Probleme frühzeitig zu erkennen und sie konstruktiv zu bewältigen. Angehende Übungsleiter und Trainer werden in einem obligatorischen Modul zum Thema Extremismusprävention frühzeitig auf das Gefahrenpotenzial aufmerksam gemacht. „Gegen antidemokratische Entwicklungen“, so Aenne Kürschner, „sind wir dann bestens aufgestellt.“ *(vk)*



## EFFEKTIVE BILDUNGSARBEIT

# Politik geht jeden an!

Politische und gesellschaftliche Zusammenhänge besser verstehen. Sich in Politik einmischen. Gegen politischen Extremismus eintreten. Mit ihrer Arbeit unterstützt die Bundeszentrale für politische Bildung Bürgerinnen und Bürger in ihrem politischen Engagement und fördert so den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Demokratie braucht Menschen, auch junge Menschen, die informiert sind, die sich engagieren und einmischen. Dafür Möglichkeiten zu schaffen, ist die Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Seit ihrer Gründung im Jahr 1952 greift die bpb zeitgeschichtliche Themen sowie aktuelle Entwicklungen in Gesellschaft und Politik auf und stellt diese in Veranstaltungen, audiovisuellen und Printprodukten sowie durch Onlineangebote zur Diskussion. Dabei soll das Politische auch in sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und individuellen Fragen deutlich werden. Politische Bildung stärkt die Teilhabe

des Einzelnen an Gesellschaft und Demokratie.

### Politisch aktiv werden

Aktuelle Studien zeigen, dass es eine Distanz der Bürger zur Politik gibt. Teile der Bevölkerung fühlen sich sozial und politisch marginalisiert. Diese Bevölkerungsgruppen in die Politik einzubinden, ist eine besondere Herausforderung der politischen Bildung geworden.

Entsprechend hat die bpb in den letzten Jahren zahlreiche Projekte mit unterschiedlichen Partnern aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Schule und politische

Jugendbildung realisiert. So etwa „Aktion 09 – Gib deiner Meinung eine Stimme!“. Das Jugendpartizipationsprojekt motivierte anlässlich des Superwahljahres 2009 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren zur politischen Teilhabe. In Wochenendseminaren lernten sie nicht nur politisches Grundwissen, sondern entwickelten auch Ideen, wie sie sich für ihre politischen Vorhaben selbst starkmachen können.

Diese Erfahrungen werden nun in einem Netzwerk gebündelt und weiterentwickelt. Ziel ist es, Projekte mit jungen Menschen zu ermöglichen, die etablierte Politik

als fremd erleben, in ihrem Alltag aber oft politischer sind, als sie es selbst wahrnehmen.

### Für Toleranz und interkulturellen Dialog

Gesellschaftlicher Zusammenhalt hängt nicht zuletzt von der gelungenen Integration von Zuwanderern und der konstruktiven Auseinandersetzung mit den Herausforderungen einer Zuwanderungsgesellschaft ab. Die bpb fördert daher den interkulturellen Dialog mit Imamen, muslimischen Frauen und Verbänden, aber auch den Dialog über Migration und Integration in der Mehrheitsgesellschaft. Ein Beispiel: Im Modellprojekt „Jugend, Religion, Demokratie: Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ erprobt die bpb zusammen mit der Robert-Bosch-Stiftung Angebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sich bundesweit einsetzen lassen. Dabei werden unter anderem sogenannte „Dialogmoderatorinnen und -moderatoren“, die selbst in ihrer Biografie Migrationserfahrung gemacht haben, für die politische Bildungsarbeit ausgebildet und vernetzt.

### Gegen politischen Extremismus

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der bpb bilden Programme gegen Fremdenfeindlichkeit und politischen Extremismus, sei dieser von rechts, links oder islamistisch motiviert. Nicht zuletzt sind der Verlust sozialer Perspektiven und die Auflösung von Strukturen etablierter demokratischer Politik ein Nährboden für politischen Extremismus. Die bpb engagiert sich daher in Regionen, die unter hoher Arbeitslosigkeit und Überalterung leiden, wie zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern. Dort werden seit 2008 schwerpunktmäßig Maßnahmen gegen Rechtsextremismus konzipiert, realisiert und ausgewertet. Die dort von

ortsansässigen Akteuren gewonnenen Erfahrungen und Kompetenzen sollen zukünftig auf weitere Regionen übertragen werden.

Entsprechende Modellprojekte zur Prävention gegen Linksextremismus und islamistischen Extremismus, die beide in erster Linie in urbanen Räumen auftreten, werden aktuell entwickelt.

### Geschichte erfahrbar machen

Rund 20 Jahre ist die deutsche Einheit alt. Viele Erwachsene erinnern sich an die Ereignisse von damals, haben sie zum Teil hautnah miterlebt. Jugendlichen fehlt diese Erfahrung. Für sie sind die DDR wie der Kalte Krieg oder der Nationalsozialismus oft nur ein Kapitel im Schulbuch. Das von der bpb unterstützte Bildungsprojekt „Deine Geschichte“ will dies ändern und Geschichte für jüngere Zielgruppen spannend machen und ihr Geschichtsbewusstsein fördern.

Unter dem Motto „Lernen – Machen – Publizieren“ entdecken und recherchieren Jugendliche Geschichte und Lerninhalte selbst, produzieren Texte, Fotos, Audio- oder Videobeiträge und publizieren diese auf der Internetseite



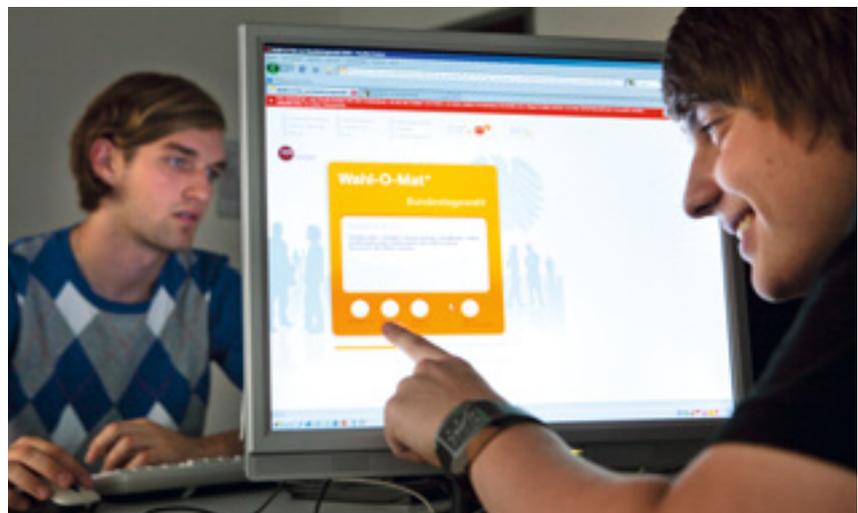
Aktion 09 – für mehr politische Partizipation

www.deinegeschichte.de. Dabei bewegen sie sich nicht nur in der deutsch-deutschen Geschichte, sondern lernen gleichzeitig auch den Umgang mit neuen Medien.

Die erwähnten Projekte stellen nur einen Ausschnitt aus dem Angebot der bpb dar. Darüber hinaus stellt die bpb ein umfangreiches Angebot an Büchern und didaktischen Materialien für die Bildungsarbeit, Veranstaltungen, Fortbildungen und Multimediaprodukten für Interessierte und Multiplikatoren zur Verfügung. (bpb)

>> Näheres unter: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Die bpb bietet auf ihrer Webseite vielfältige Informationen und Dienste wie den Wahl-O-Mat an.



## FÖRDERPREIS „HELFENDE HAND“

# Ausgezeichnet – für den Schutz der Bevölkerung

Für den Bevölkerungsschutz ist ehrenamtliches Engagement unentbehrlich. Mit dem Förderpreis „Helfende Hand“ zeichnet das Bundesinnenministerium zum dritten Mal Initiativen in diesem Bereich aus. Zugleich sollen mehr Menschen dazu motiviert werden, sich zu engagieren.

In Deutschland bilden rund 1,8 Millionen Helferinnen und Helfer die Basis des Bevölkerungsschutzes. Sie engagieren sich in verschiedenen Hilfsorganisationen wie dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, dem Deutschen Roten Kreuz, der Johanniter-Unfallhilfe und dem Malteser Hilfsdienst. Dazu kommen die freiwilligen Feuerwehren, das Technische Hilfswerk sowie die Regieeinheiten der regionalen Katastrophenschutzbehörden, die spezielle Aufgaben vor Ort wahrnehmen.

Durch verschiedene Faktoren wie den demografischen Wandel und veränderte Rahmenbedingungen im Schul- und Berufsleben fehlt jedoch zunehmend der Nachwuchs. Das Bundesinnenministerium will dieser Entwicklung entgegenwirken. Um die Leistungen der

Helfer im Bevölkerungsschutz zu würdigen, vergibt das Ministerium den Förderpreis „Helfende Hand“. Ausgezeichnet werden überzeugende Ideen und Konzepte, die das Interesse für ein Engagement in den Hilfsorganisationen wecken. Der Preis ist mit insgesamt 27.000 Euro dotiert. Im September wird eine Jury 15 Ideen und Projekte für die „Helfende Hand 2011“ nominieren. Der Preis für herausragende Leistungen im Bevölkerungsschutz wird in drei Kategorien verliehen: „Nachwuchs- und Jugendarbeit zur Förderung und zum Erhalt des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz“, „Neue, innovative Konzepte zur Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes“ und „Vorbildliches Arbeitgeberverhalten zur Unterstützung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz“.

## Spaß beim Ehrenamt

Im vergangenen Jahr belegte in der Kategorie „Nachwuchs- und Jugendarbeit“ das Projekt „Hilfe zur Selbsthilfe“ den ersten Platz. Das Projekt bietet eine einjährige Zusatzausbildung für Jugendliche. Im Rahmen dieser Ausbildung erhalten junge Menschen einen ersten Einblick in die Aufgaben eines Sanitätshelfers und die Arbeit der freiwilligen Feuerwehr. Hierbei wird vermittelt, wie wichtig ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft ist. Gleichzeitig wird gezeigt, dass es auch Spaß machen kann, sich für andere zu engagieren.

Mitglieder von Organisationen, die ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz arbeiten, sind dazu aufgerufen, sich bis zum 31. Juli für die „Helfende Hand 2011“ zu bewerben. Auch Unternehmen, die den ehrenamtlichen Einsatz ihrer Mitarbeiter unterstützen, können vorgeschlagen werden. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich wird den Förderpreis am 2. Dezember, unmittelbar vor dem internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember, in Berlin verleihen. *(sel)*

>> [www.helfende-hand-foerderpreis.de](http://www.helfende-hand-foerderpreis.de)

Mit der „Helfenden Hand“ werden jährlich innovative Ideen und Konzepte zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz ausgezeichnet.





## RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN STÄRKEN ZUSAMMENHALT

# Für ein friedliches Miteinander

Religion ist eine wichtige und reichhaltige Quelle individueller und gemeinschaftlicher Werte. Auch heute noch motiviert religiöser Glaube zu sozialem Engagement. Religionsgemeinschaften leisten damit einen entscheidenden Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wenn Menschen sich einem Gemeinwesen zugehörig fühlen wollen, muss es etwas geben, was sie miteinander verbindet. Es sind in der Regel die Antworten auf existenzielle Fragen des Menschseins, die diesen Zusammenhalt begründen und dem Denken und Handeln der Menschen Orientierung geben. Trotz Urknall und schwarzen Löchern bleibt die Frage nach dem Davor und Danach. Daher kann auch in einem modernen, pluralen und säkularen Gemeinwesen nicht auf Religion verzichtet werden.

Religion ist eine wichtige Quelle individueller und gemeinschaftlicher Werte. Auch heute noch motiviert religiöser Glaube viele Menschen zum Handeln im Interesse der Gemeinschaft. Aus christlicher, jüdischer oder islamischer Überzeugung engagieren sich Menschen gegen Armut, Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Religionen verbinden Menschen. In einer Zeit, in der gesellschaftliche Entwicklungen zunehmend zur Individualisierung führen, sind sie ein wichtiges Gegengewicht.

Dennoch wäre es zu einfach, nur davon zu sprechen, dass Religion Menschen verbindet. Sie trennt Menschen auch. In fast allen Ländern leben Menschen, die verschiedenen Religionen angehören. Oft leben sie schon seit langer Zeit zusammen. In vielen Fällen geht das ohne Probleme. Religiöser Pluralismus muss also nicht von vornherein zu Spannungen und Konflikten führen. Häufig führt er aber dazu, wenn das Zusammenleben statt durch ein Bemühen um ein Miteinander durch Sprachlosigkeit, Gleichgültigkeit und Ausgrenzung gekennzeichnet ist.

### Religiöser Pluralismus als Herausforderung

Deswegen ist das friedliche Zusammenleben der Religionen immer auch eine kulturelle Herausforderung, eine herausragende kulturelle Leistung. Für Deutschland bedeutet dies, dass die im Vergleich zu früheren Jahrzehnten größere religiöse Pluralität in einer Weise integriert werden muss, die ein konstruktives Miteinander ermöglicht.

Aufgabe der Regierung ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen religiösen Gruppen ermöglichen, sich in das gesellschaftliche und politische Leben einzubringen. Verdeckte oder offene Diskriminierung muss benannt und überwunden werden. Gleichzeitig muss allen Beteiligten deutlich sein, wo die Grenzen religiöser Toleranz erreicht sind: die eigene Religionsfreiheit darf nicht auf Kosten anderer gehen. Es kann sich also bei diesem Prozess nur um ein sensibles Aufeinander-zugehen handeln, bei dem beide Seiten lernen müssen.

Dies zu erreichen ist nicht allein Aufgabe der Religionsgemeinschaften, sondern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Dafür ist es hilfreich, auf das zu sehen, was Menschen in ihrer religiösen Verschiedenheit miteinander verbindet, und weniger auf das, was sie trennt. Dann können die Religionen auch in einer religiös pluralen Gesellschaft ihren grundlegenden Beitrag dazu leisten, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gesellschaft insgesamt zu stärken. (BMI)



DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ

# Integrieren statt ausgrenzen

Die Integration von Muslimen in Deutschland fördern und deren Teilhabe stärken – diesen Zielen widmet sich die Deutsche Islam Konferenz. Unter dem Motto „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ sucht sie nach praxisnahen Lösungen und fördert den Dialog zwischen Staat und Muslimen in Deutschland.

Die Einführung von bekenntnisorientiertem islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen, Fragen rund um den Moscheebau, die universitäre Ausbildung von muslimischen Theologen und Religionsbediensteten, die Rolle der Medien, die sprach- und landeskundliche Fortbildung von Imamen, die Rolle der Frauen und Mädchen, Muslimfeindlichkeit und religiöser Extremismus – es gibt zahlreiche grundlegende Themen, die speziell Muslime in Deutschland betreffen und derer sich die Teilnehmer der Deutschen Islam Konferenz angenommen haben.

Seit 2006 bietet die Deutsche Islam Konferenz ein Forum für einen langfristig angelegten Dialog zwischen staatlichen Vertretern und den in Deutschland lebenden Muslimen. Die Idee: Die rund vier Millionen Muslime in Deutschland sollen sich als Teil der deutschen Gesellschaft

fühlen und von dieser auch so verstanden werden. Wurden in der ersten Phase der Deutschen Islam Konferenz (2006 bis 2009) theoretische Handlungsgrundlagen geschaffen, stehen nun konkrete, praxisnahe Vorschläge für eine verbesserte Integration der Muslime im Vordergrund. Unter dieser Devise hat Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich die Deutsche Islam Konferenz am 29. März fortgesetzt. Schwerpunkt der diesjährigen Plenarsitzung war die Frage nach der religionsverfassungsrechtlichen und institutionellen Einbindung des Islams.

Auf der Agenda standen die Entwicklung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, die landeskundliche und sprachliche Fortbildung von religiösem muslimischen Personal sowie Fragen der Extremismusprävention. „Die Etablierung isla-

misch-theologischer Lehrangebote an deutschen Hochschulen und die Einführung von islamischem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen sind für die institutionelle Einbindung des Islams in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung“, so Bundesinnenminister Friedrich.

## Islamunterricht an Schulen

In vielen Bundesländern gibt es mittlerweile Angebote zum islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Die Deutsche Islam Konferenz unterstützt dessen Einführung, indem sie insbesondere den Wissens- und Erfahrungsaustausch über praktische Entwicklungen und konkrete Fortschritte fördert. Ziel ist es, Schritt für Schritt flächendeckende und von einer Mehrheit der Muslime akzeptierte Angebote zu schaffen, da der

islamische Religionsunterricht einen wertvollen Beitrag für die Integration gerade junger Muslime in Deutschland leisten kann.

Die Deutsche Islam Konferenz begleitet zudem den Prozess der Etablierung islamisch-theologischer Angebote an öffentlichen Hochschulen. Bereits 2009 hat das Plenum erste Empfehlungen zur Einrichtung derartiger Lehr- und Forschungsangebote verabschiedet. Vier Hochschulen arbeiten derzeit daran, solche Lehrstühle zu etablieren. Mit diesem neuen Studienangebot soll erreicht werden, dass in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen erteilen, muslimische Theologen Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Fragen finden und qualifizierte Imame ihre Gemeinden bei der Integration in die plurale Gesellschaft Deutschlands unterstützen können.

### Fortbildung von Multiplikatoren

Etwa zweitausend Imame gibt es in Deutschland. Sie sind Vorbeter in ihren Gemeinden, geben religiösen Unterricht oder sind Ansprechpartner für persönliche Fragen. Als Vermittler vor Ort sind sie ebenso wie die alevitischen Geistlichen und andere ehrenamtlich tätige Personen in islamischen Gemeinden wichtige Multiplikatoren. Damit diese zur gesellschaftlichen Integration der in Deutschland lebenden Muslime beitragen können, ist es notwendig, dass sie die deutsche Sprache beherrschen und das gesellschaftliche Umfeld kennen.

Die Deutsche Islam Konferenz hat deshalb den Leitfaden „Dialog – Öffnung – Vernetzung: Leitfaden für die gesellschaftskundliche und sprachliche Fortbildung von religiösem Personal und weiteren Multiplikatoren islamischer Gemeinden auf kommunaler Ebene“ entwickelt.

Hierüber sollen Kommunen, kommunale Akteure und islamische Gemeinden für Fortbildungsprojekte gewonnen werden. Er soll sie dabei unterstützen, diese Projekte zu planen und umzusetzen.

### Extremismus vorbeugen

Ein weiteres Schwerpunktthema der Deutschen Islam Konferenz ist die Prävention von Extremismus, Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung. Gemeinsam sollen praktische Verbesserungen für ein friedliches und respektvolles Miteinander erarbeitet werden.

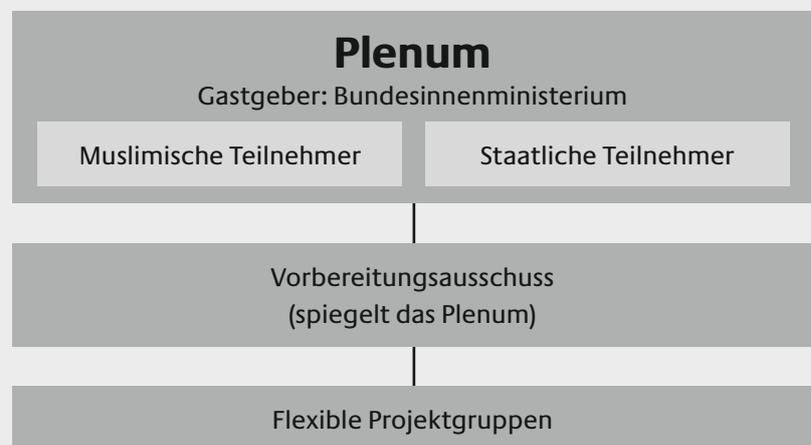
Um dies zu erreichen, hat die Islamkonferenz die Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“ eingerichtet, die sich mit den Phänomenen Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen und religiösem Extremismus befasst. Die erarbeiteten Definitionen bilden die Arbeitsgrundlage für die Entwicklung konkreter Maßnahmen der Jugendarbeit. Diese sollen 2012 vorgestellt werden. (pg)

>> Weitere Informationen finden Sie unter: [www.deutsche-islam-konferenz.de](http://www.deutsche-islam-konferenz.de)

## So baut sich die Deutsche Islam Konferenz auf

Die Deutsche Islam Konferenz tagt auf mehreren Ebenen. Höchstes Gremium ist das Plenum, das sich zu gleichen Teilen aus staatlichen und muslimischen Vertretern zusammensetzt. Bei der Auswahl der muslimischen Teilnehmer stand der Ansatz im Vordergrund, so gut wie möglich die Vielfalt der Muslime in Deutschland abzubilden. So nehmen neben Vertretern muslimischer Dach- und Spitzenverbände auch muslimische Einzelpersonen am Plenum teil. Der Bundesinnenminister ist Gastgeber der einmal im Jahr tagenden Plenarsitzungen.

Unterhalb des Plenums bereitet der Vorbereitungsausschuss dessen Arbeit vor und ergänzt diese. Dazu kann er Projektgruppen einberufen und sie mit bestimmten Fragestellungen beauftragen. Er tagt alle zwei bis drei Monate. Die zeitlich befristeten flexiblen Projektgruppen befassen sich jeweils mit einem speziellen Thema und sollen so zu mehr Praxisnähe beitragen. Um die Ergebnisse der Deutschen Islam Konferenz effektiver in die Praxis umsetzen zu können, ist diese in der zweiten Phase noch enger mit den Ländern und Kommunen verzahnt.



## FOUL VON RECHTSAUSSEN

# Initiative stärkt Sportvereine

**Sport und Politik gegen Rechtsextremismus: Umfassende Informations- und Beratungsangebote sollen verhindern, dass Ehrenamtliche rechtsextremistisches Gedankengut in Sportvereine hineintragen und an Kinder und Jugendliche weitergeben.**

„Das Böse kommt oft in der Maske des Guten!“, sagte Theo Zwanziger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, anlässlich der Auftaktveranstaltung „Foul von Rechtsaußen“ am 18. Januar 2011 in Berlin. Gedacht hat er dabei vermutlich an Fälle wie den letztes Jahr bekannt gewordenen, bei dem eine regionale Führungsfigur der rechten Szene in einem Sportverein Kinder und Jugendliche trainierte.

Die gemeinsame Initiative von Bundesinnenministerium, Bundesfamilienministerium, dem Deutschen Olympischen Sportbund, der Deutschen Sportjugend und dem Deutschen Fußball-Bund „Foul von Rechtsaußen – Sport und Politik verein(t) für Toleranz, Respekt und Achtung der Menschenwürde“ soll diesem Problem entgegenwirken. Ziel der Initiative ist es, Vereine dabei zu unterstützen, rechtsextremistische Tendenzen zu erkennen und zu unterbinden.

## Agieren statt reagieren

Die Vereine sollen sensibilisiert werden, dass und wie Rechtsextreme versuchen, den Vereinssport für ihre Zwecke zu missbrauchen. Erreicht werden soll, dass die Vereine möglichst schon vorbeugend tätig werden und sich in ihrem Auftritt nach außen und in ihren Ver-

einsregeln klar gegen jegliche Form von Rechtsextremismus und Diskriminierung wenden. So sollen sie bestärkt werden, sofort und konsequent gegen Verstöße vorzugehen.

Im Mittelpunkt der Initiative stehen auf den Sport zugeschnittene Informations- und Beratungsangebote, Schulungen und Fortbildungen für Vereinsmitglieder, insbesondere für Trainerinnen und Trainer. Außerdem sollen Ansprechpartner im Sport benannt und es soll die Vernetzung mit wichtigen Partnern vor Ort gefördert werden. Muster für Vereinssatzungen und Nutzungsregelungen von Sportanlagen zeigen auf, wie die Vereine

rechtsextremistische Personen ausschließen können.

Die Initiative richtet sich gezielt an Sportvereine, da diese bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen eine große Rolle spielen. Rund die Hälfte aller 16- bis 25-jährigen ist dort aktiv. Erreicht werden soll, dass sie vor Ehrenamtlichen mit rechtsextremer Gesinnung geschützt sind, in den Vereinen Werte wie Fairplay, Toleranz, Respekt und Achtung der Menschenwürde lernen und selbst aktiv werden gegen Fouls von Rechtsaußen.

>> Weitere Informationen unter: [www.dsj.de](http://www.dsj.de)

Spitzensportler wie Ariane Friedrich, Pascal Roller und Nia Künzer (v. l.) unterstützen die Initiative.

